

Solares Markenzeichen aus Aachen

Drei Jahre NRW-Erlaß zur kostendeckenden Vergütung - eine Zwischenbilanz

Foto: Rainbows End



Ralf Köpke

Drei Jahre kostendeckende Vergütung – das Prinzip findet (langsam) immer mehr Anhänger. Parallel wächst der Widerstand der Stromwirtschaft, ihre Abwehrstrategie heißt „Grüner Tarif“.

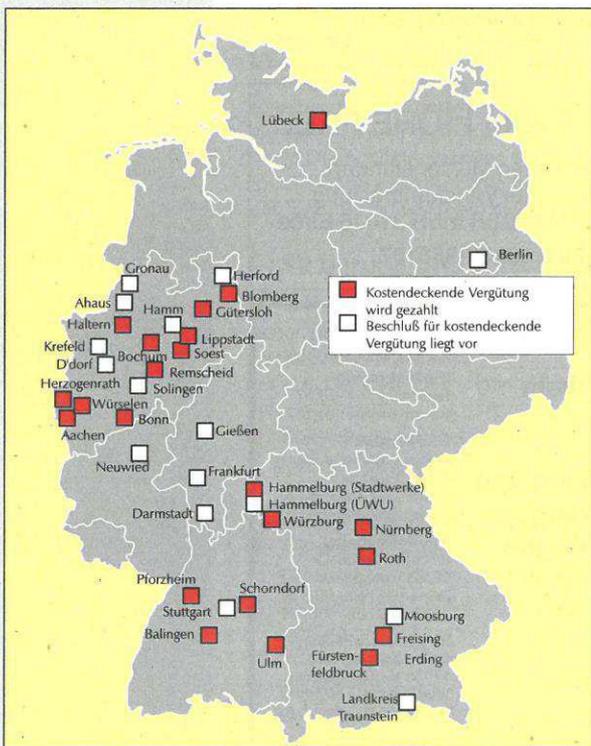
Man, ist der dick man(n)!

Nein, nicht von einer mit Schokoladenguß ummantelten Süßigkeit ist die Rede, sondern von der jüngsten Ausgabe des Solarbriefes. Auf dem Rekordumfang von fast 60 Seiten hat der Solarenergie-Förderverein in Aachen für Laien und Interes-

sierte alle Argumente in Vortragsform zusammengefaßt, die für die Einführung der kostendeckenden Vergütung (KV) sprechen. Geschäftsführer Wolf von Fabeck: „Wir hoffen so, mehr Anhänger für unsere Idee zu finden.“ Wie die Aachener Prinzen, das bekannte Reittornier in der Soers oder der Kaiser-Dom ist die kostendeckende Vergütung mittlerweile zu einem Markenzeichen für die Stadt im Dreiländereck geworden. Als „Aachener Modell“ ist nämlich das Konzept bundesweit bekannt geworden, das die Solar-Aktivisten Anfang der neunziger Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt haben. Danach sollten private Photovoltaik- und Windkraftanlagen-Betreiber für den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen, eine Vergütung bekommen, die ihre hohen Investitionen innerhalb von 20 Jahren auffängt. Den ministeriellen Segen bekam die kostendeckende Vergütung Anfang Juni 1994, als Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland nach langem Ringen mit einem Erlaß zum bundesweiten Vorreiter wurde. In Mark und Pfennig bedeutete der NRW-Erlaß eine Vergütung von zwei Mark für jede kWh Solarstrom sowie maximal 35 Pfennige für Windstrom. Als Ausgleich für die höheren Ökostrom-Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Stromversorgern im Lande, ihre Tarife bis zu einem Prozent anzuheben.

Von dem Angebot haben nach drei Jahren nur die wenigsten Stadtwer-

ke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Ein dutzend Städte zahlen den „Sonnen-Tarif“, in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Stadtratsbeschlüsse vor. Rechnet man die Städte hinzu, die sich für einen Fördermix aus Investitionszuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 25. Wolf von Fabeck ist dennoch nicht unzufrieden: „Wir haben Anfangserfolge, denn mit der kostendeckenden Vergütung läßt sich wirklich viel bewegen.“ So kletterte in Remscheid, das als erste NRW-Stadt im Mai 1995 den KV-Tarif anbot, die Zahl der PV-Anlagen bis Silvester 1996 auf 9, gleichzeitig lagen Förderanträge für zehn weitere Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 202 Kilowatt Peak (kWp) vor. Die Stadtwerke Bonn, die allerdings nur das halbe Stadtgebiet versorgen, haben mittlerweile 25 Anlagen mit einer Kapazität von 661 kWp am Netz, mit den noch laufenden Anträgen erhöht sich die Gesamtleistung um weitere 85 kWp. In Aachen, dem „Geburtsort“ des neuen Fördermodells, waren Ende März 55 private Anlagen mit 220 kWp in Betrieb. Für weitere 730 kWp liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. „Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel“, sagt der SFV-Geschäftsführer, „da sich hier auch fünf neue Solar-Installationsbetriebe gegründet haben und so neue Arbeitsplätze entstanden sind.“ Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens „funktioniert“ die kosten-



deckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den NRW-Erlaß größtenteils kopierte (Unterschiede gibt es bei der zulässigen Strompreiserhöhung), haben die Stadtwerke Schwäbisch-Hall als Vorreiter über 40 Solar- und – als bundesweites Novum – auch zwei Windkraftanlagen gefördert. Den Betreibern der beiden 500 kW-Anlagen zahlt der Kommunalversorger seit August vergangenen Jahres mit 28 Pfennigen pro Kilowattstunde einen Satz, der damit deutlich über dem Niveau des Stromeinspeisungsgesetzes von 17,15 Pf./kWh liegt. Die Resonanz hat Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen nicht überrascht: „Das Interesse ist einfach da.“

Das Interesse müsse noch gesteigert werden, sagt Energieexperte Albrecht Morguet von der Düsseldorfer Verbraucherzentrale: „Die kostendeckende Vergütung ist sehr ausbaubedürftig.“ Wie ausbaufähig, zeigt schon ein Blick in eine Greenpeace-Statistik aus dem vergangenen Herbst: Danach brachten es die in den KV-Städten installierten Solaranlagen auf eine Gesamtleistung von rund 2,5 Megawatt (MW). Ein Vergleich mit dem deutschen Kraftwerkspark, dessen Kapazität bei 100.000 MW liegt, verbietet sich einfach. Auch die politische Unterstützung läßt zu wünschen übrig. So rückte ausgerechnet die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr von ihrem 1994 gefaßten Beschluß ab, ein Bundesgesetz für die kostendeckende Vergütung im Bundesrat zu beantragen.

Zu schaffen macht den Solaraktivisten aber vor allem der anhaltende, massive Widerstand von weiten Teilen der Stromwirtschaft. SFV-Geschäftsführer von Fabeck verweist vor allem auf ein Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995 hin: „Konsens war, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da mit der von uns gewollten dezentralen Stromversorgung so etwas wie die Machtfrage gestellt wird.“ Gezielt versucht die Stromlobby seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem sog. Grünen Tarif zu unterlaufen. Dabei zahlen die Stromkunden einen Aufschlag auf ihren Kilowattpreis, den die Energieversorger dann in Anlagen für erneuerbare Energie investieren.

Ein solches Programm haben mitt-

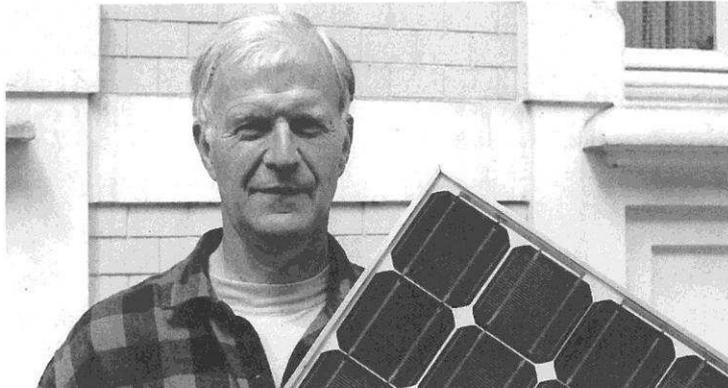


Foto: Köpke

Wolf von Fabeck (Solarenergie-Förderverein in Aachen): „Mit der von uns gewollten dezentralen Stromversorgung wird nach Meinung der VDEW so etwas wie die Machtfrage gestellt.“

lerweile mit der RWE Energie, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, das Badenwerk, die Berliner Bewag oder die Energieversorgung Schwaben fast alle „Big player“ der deutschen Strombranche aufgelegt. Johannes van Bergen, Chef der Stadtwerke Schwäbisch-Hall, spricht von einem großen „Täuschungsmanöver“: „Die normalen Stromverbraucher dienen als Kreditgeber für die großen Energieversorger, die mit den neuen Solar- und Windkraftanlagen ihr Image verbessern können.“ Verbal geht Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung Eurosolar, noch einen Schritt weiter: „Das ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten eigentlich produzieren müßten.“ Neu ist eine Variante, mit der die Stadtwerke Pforzheim versuchen, die steigende Popularität der kostengerechten Vergütung zu stoppen. Jedes kW einer Solaranlage wird im Badischen mit einem Investitionszuschuß von 95% gefördert. Der Betreiber einer herkömmlichen 2 kW-Anlage, die rund 30.000 Mark kostet, kann so rund 28.500 Mark einstreichen. „Wir wollen uns nicht langfristig binden“, erklärt Pressesprecher Peter Löffler das Motiv. Darum reagiert der Aachener Solarenergie-Förderverein mit Kopfschütteln: „Damit ist nicht gewährleistet, daß die Anlage auch wirklich 20 Jahre läuft und so kontinuierlich als Symbol für eine andere Energieversorgung strahlt.“

Nicht strahlend, aber optimistisch sehen Wolf von Fabeck und seine rührige Crew die künftige Entwicklung der kostendeckenden Vergütung. Ihr Verdienst ist es sicherlich,

daß Bewegung in die Solarförderung gekommen ist. Die Green Pricing-Angebote sind eine Reaktion. Daß der Vorstand der Berliner Bewag nun in die Unternehmensziele auch die Markteinführung erneuerbarer Energie hat schreiben lassen (vgl. Neue Energie 2/97), können sich die Aachener Solar-Protagonisten auf ihre Fahne schreiben. Auch das Mitte April von Greenpeace in Berlin vorgestellte Markteinführungsprogramm für Photovoltaik basiert auf dem Prinzip der kostendeckenden Vergütung. Konkret sieht der Greenpeace-Vorschlag vor, daß jeder Käufer einer 2 kW-Solaranlage einen einmaligen Zuschuß von 14.000 Mark sowie 25 Jahre lang eine Einspeisevergütung von 66 Pfennigen je Kilowattstunde erhält. Mit diesem Fördermix können, so errechneten das Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme sowie das Institut für Luft- und Raumfahrt aus Stuttgart im Auftrag von Greenpeace, bei entsprechender Nachfrage bis zum Jahr 2010 rund 21.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Finanziert würde das Greenpeace-Programm durch eine Strompreiserhöhung um einen Viertelpfennig je Kilowattstunde. Mit einer Strompreiserhöhung von zwei Pfennigen rechnen die Aachener Solarförderer, damit künftig des bundesdeutschen Strombedarfs zu zwei Prozent aus Solarenergie gedeckt wird. Ein entsprechendes Bundesgesetz, so der Wunsch aus der Kaiserstadt, solle diesen Weg ebnen. Dieses Pläne stellt der SPD-Parlamentarier erst einmal zurück: „Wichtig ist es zunächst einmal, daß wir die Pläne der Bundesregierung zum Energiegesetz vom Tisch bekommen und gleichzeitig die Vergütungstarife des Einspeisegesetzes erhalten.“

Weitere Informationen zur kostendeckenden Vergütung:

Solarenergie-Förderverein e.V.
Herzogenstraße 6
52070 Aachen
Tel. 0241/511616
Fax 0241/535786

Internet:
<http://www.fto.de/sfv/index.htm>

Das Modell stimmt

■ Drei Jahre kostendeckende Vergütung: Die Aachener Solaraktivisten haben Bewegung in die Szene gebracht

Den Sekt haben die Mitarbeiter des Aachener Solarenergie-Fördervereins (SFV) noch nicht kaltgestellt. Grund zum Feiern hat die Crew allemal: Am 1. Juni jährt sich der Tag zum dritten Mal, an dem in Nordrhein-Westfalen bundesweit erstmals die kostendeckende Vergütung (KV) per Ministererlaß eingeführt wurde.

Dieses Konzept, seitdem als „Aachener Modell“ bekannt, hatten die Solaraktivisten Anfang der 90er Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt: Private Betreiber von Photovoltaik- und Windkraftanlagen sollten den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen, vergütet bekommen, um ihre hohen Investitionen aufzufangen – zwei Mark für jede eingespeiste Kilowattstunde Solarstrom, maximal 35 Pfennig für Windstrom. Als Ausgleich für die höheren Ökostrom-Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Stromversorgern im Lande, ihre Tarife bis zu einem Prozent anzuheben.

Von dem Angebot haben nach drei Jahren nur die wenigsten Stadtwerke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Ein Dutzend Städte zahlt den „Sonnen-Tarif“, in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Stadtratsbeschlüsse vor. Rechnet man die Städte hinzu, die sich für einen Fördermix aus Investitionszuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 25 in NRW und bundesweit auf 45. Damit ist SFV-Geschäftsführer Wolf von Fabeck durchaus zufrieden: „Mit der kostendeckenden Vergütung läßt sich viel bewegen.“

So kletterte in Remscheid, das noch vor Aachen als erste NRW- Stadt im Mai 1995 den KV-Tarif anbot, die Zahl der Solaranlagen bis Silvester 1996 auf neun, gleichzeitig lagen Förderanträge für zehn weitere mit einer Gesamtkapazität von 202 Kilowatt Peak (kWp) vor. Die Stadtwerke Bonn, die allerdings nur das halbe Stadtgebiet versorgen, haben mittlerweile 25 Anlagen mit einer Kapazität von 661 kWp am Netz, mit den noch laufenden Anträgen erhöht sich die Gesamtleistung um weitere 85 kWp. In Aachen waren Ende März 55 private Anlagen mit 220 kWp in Betrieb. Für weitere 730 kWp liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. „Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel“, sagt der SFV-Geschäftsführer, „da sich hier auch fünf neue Solar-Installationsbetriebe gegründet haben und somit Arbeitsplätze entstanden sind.“

Auch außerhalb Nordrhein- Westfalens funktioniert die kostendeckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den NRW-Erlaß größtenteils kopierte (Unterschiede gibt es bei der zulässigen Strompreiserhöhung), haben die Stadtwerke Schwäbisch Hall als Vorreiter über 40 Solar- und – bundesweit ein Novum – auch zwei Windkraftanlagen gefördert. Den Betreibern der beiden 500-kW-Anlagen zahlt der Kommunalversorger seit August vergangenen Jahres mit 28 Pfennig pro Kilowattstunde einen Satz, der deutlich über dem Niveau des Stromeinspeisungsgesetzes von 17,15 Pf/kWh liegt. Die Resonanz hat Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen nicht überrascht: „Das Interesse ist einfach da.“

Das Interesse müsse noch gesteigert werden, sagt Energieexperte Albrecht Morguet von der Düsseldorfer Verbraucherzentrale: „Die kostendeckende Vergütung ist ausbaubedürftig.“ Wie ausbaufähig, zeigt ein Blick in eine Greenpeace-Statistik aus dem vergangenen Herbst: Danach brachten es die in den KV-Städten installierten Solaranlagen auf eine Gesamtleistung von rund 2,5 Megawatt.

Zu schaffen macht den Solaraktivisten vor allem der anhaltende, massive Widerstand von weiten Teilen der Stromwirtschaft. SFV- Geschäftsführer von Fabeck verweist dabei auf ein Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995: „Konsens war, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da mit dieser dezentralen Stromversorgung so etwas wie die Machtfrage gestellt wird.“ Gezielt versucht die Stromlobby seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem „Grünen Tarif“ zu unterlaufen. Dabei zahlen die Stromkunden einen Aufschlag für jede Kilowattstunde, mit dem die Energieversorger neben einem Eigenanteil Solar-, Wind- oder Biomasse-Anlagen bauen.

Ein solches Programm haben mittlerweile mit der RWE Energie, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, das Badenwerk, die Berliner Bewag oder die Energieversorgung Schwaben fast alle „big player“ der deutschen Strombranche aufgelegt. Johannes van Bergen, Chef der Stadtwerke Schwäbisch Hall, spricht von einem großen „Täuschungsmanöver“: „Die normalen Stromverbraucher dienen als Kreditgeber für die großen Energieversorger, die mit den neuen Solar- und Windkraftanlagen ihr Image verbessern können.“ Verbal geht Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung Eurosolar, noch einen Schritt weiter: „Es ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten produzieren müßten.“

Daß es heute überhaupt diese Green-Pricing-Angebote gibt, ist das Verdienst des Aachener Solarenergie-Fördervereins. Ihr Drängen auf die kostendeckende Vergütung hat Bewegung in die Solarförderung gebracht. Im Saarland beispielsweise haben sich fast alle Stromversorger im Rahmen des saarländischen „Solarpaketes“ bereit erklärt, jede Kilowattstunde Sonnenstrom mit 55 Pfennig zu vergüten. Zu den „zwei, drei Ausnahmen“, so das Saarbrücker Energie- und Umweltministerium, zählt der Regionalversorger Vereinigte Saar-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (VSE). Daß die VSE nicht mehr als die gesetzliche Vergütung und auch erst auf Druck der Landesregierung einen vergleichsweise geringen Zuschuß für jedes Kilowatt zahlt, ist nicht verwunderlich: Denn Mehrheitsgesellschafter mit 41,33 Prozent ist der Essener Stromgigant RWE Energie AG. Ralf Köpke

Quelle: <https://www.taz.de/!1399377>

Aachener Modell bringt Bewegung in Solar-Szene

Kostendeckende Vergütung hilft Sonnenenergie-Anlagen / Strommultis leisten Widerstand

Von Ralf Köpke

Wolf von Fabeck, Geschäftsführer des Aachener Solarenergie-Fördervereins (SFV), strahlt über das ganze Gesicht: „Unsere Anfangserfolge zeigen, daß sich mit der kostendeckenden Vergütung viel bewegen läßt.“ In Nordrhein-Westfalen gilt seit drei Jahren ein entsprechender Minister-Erlaß, bundesweit spielte das Land damit den Vorreiter. Ein Dutzend Städte zahlt bereits den „Sonnentarif“.

Das Konzept, das unter der Bezeichnung Aachener Modell die Runde macht, haben die Solar-Aktivisten Anfang der neunziger Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt. Danach erhalten private Photovoltaik- und Windkraftanlagen-Betreiber eine Vergütung für den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen. Diese fängt die hohen Investitionen innerhalb von 20 Jahren auf.

Die Summe schreibt der nordrhein-westfälische Erlaß fest auf zwei Mark für jede gelieferte Kilowattstunde Solarstrom sowie maximal 35 Pfennig aus der Windkraft. Als Ausgleich für die höheren Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Versorgern im Lande, ihre Preise bis zu ein Prozent anzuheben. Von dieser Möglichkeit haben nach drei Jahren nur die wenigsten der 200 Stadt-

werke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Dagegen entrichten nicht nur zwölf Gemeinden den Sonnen-Tarif, in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Beschlüsse vor. Werden die Städte hinzugerechnet, die sich für einen Fördermix aus Zuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Zahl auf etwa 25 in dem Land und bundesweit auf 45.

Auch immer mehr Betreiber streben zur Sonne. So waren in Aachen Ende März 55 private Anlagen mit 220 Kilowattstunden Höchstleistung in Betrieb. Für weitere 730 Kilowattstunden liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. „Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel“, sagt der SFV-Geschäftsführer, „da sich hier fünf neue Solar-Installationsbetriebe gegründet haben und so neue Arbeitsplätze entstanden sind.“

Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens funktioniert die kostendeckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den Erlaß größtenteils kopierte, haben die Stadtwerke Schwäbisch Hall als Vorreiter über 40 Solar- und — ein bundesweites Novum — auch zwei Windkraftanlagen unterstützt. Den Betreibern der beiden 500-Kilowattstunden-Parks zahlt der Kommunalversorger des Heilbades seit August vergangenen Jahres mit

28 Pfennig pro Kilowattstunde einen Satz, der deutlich über dem Niveau des Strom-einspeisungsgesetzes von rund 17 Pfennig liegt.

Kein Interesse an dieser Art der Förderung von regenerativen Energien hat die Mehrzahl der Versorger. Ihren anhaltenden Widerstand erklärt SFV-Geschäftsführer von Fabeck mit einem Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995: „Konsens war es, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da sich die Versorger mit der von uns gewollten dezentralen Regelung in ihrer Machtposition angegriffen fühlen.“ Gezielt versuchten fast alle Großen der Branche seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem sogenannten Grünen Tarif zu unterlaufen. Dabei zahlen die Kunden einen Aufschlag für jede Kilowattstunde, mit dem die Unternehmen neben einem Eigenanteil Solar-, Wind- oder Biomasse-Anlagen bauen. Diese Vorzeige-Kraftwerke bleiben in ihrem Eigentum. Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Sonnenenergie-Vereinigung Eurosolar, lehnt diese Angebote strikt ab: „Das ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten produzieren müßten.“

Frankfurter Rundschau 5.6.1997, S. 15

Abs	Neue Energie (5 / 1997)	taz (24.5.1997)	Abs
	Ökologie und Ökonomie Solares Markenzeichen aus Aachen Drei Jahre NRW-Erlaß zur kostendeckenden Vergütung – eine Zwischenbilanz (Ralf Köpke, Fotos: Ralf Köpke)	<u>Das Modell stimmt</u> (Ralf Köpke)	
0	Drei Jahre kostendeckende Vergütung – das Prinzip findet (langsam) immer mehr Anhänger. Parallel wächst der Widerstand der Stromwirtschaft, ihre Abwehrstrategie heißt „Grüner Tarif“.	Drei Jahre kostendeckende Vergütung: Die Aachener Solaraktivisten haben Bewegung in die Szene gebracht	0
1	Man, ist der dick man(n)! Nein, nicht von einer mit Schokoguß ummantelten Süßigkeit ist die Rede, sondern von der jüngsten Ausgabe des Solarbriefes.		
	Auf dem Rekordumfang von fast 60 Seiten hat der Solarenergie-Förderverein in Aachen für Laien und Interessierte alle Argumente in Vortragsform zusammengefaßt, die für die Einführung der kostendeckenden Vergütung (KV) sprechen. Geschäftsführer Wolf von Fabek: „Wir hoffen so, mehr Anhänger für unsere Idee zu finden.“	Den Sekt haben die Mitarbeiter des Aachener Solarenergie-Fördervereins (SFV) noch nicht kaltgestellt. Grund zum Feiern hat die Crew allemal: Am 1. Juni jährt sich der Tag zum dritten Mal, an dem in Nordrhein-Westfalen bundesweit erstmals die kostendeckende Vergütung (KV) per Ministererlaß eingeführt wurde.	1
2	Wie die Aachener Printen, das bekannte Reitturnier in der Soers oder der Kaiser-Dom ist die kostendeckende Vergütung mittlerweile zu einem Markenzeichen für die Stadt im Dreiländereck geworden.		
	Als „Aachener Modell“ ist nämlich das Konzept bundesweit bekannt geworden, das die Solar-Aktivisten Anfang der neunziger Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt haben.	Dieses Konzept , seitdem als "Aachener Modell" bekannt , hatten die Solaraktivisten Anfang der 90er Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt:	2
	Danach sollten private Photovoltaik- und Windkraftanlagen-Betreiber für den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen, eine Vergütung bekommen, die ihre hohen Investitionen innerhalb von 20 Jahren auffängt. Den ministeriellen Segen bekam die kostendeckende Vergütung Anfang Juni 1994, als Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland nach langem Ringen mit einem Erlaß zum bundesweiten Vorreiter wurde.	Private Betreiber von Photovoltaik- und Windkraftanlagen sollten den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen, vergütet bekommen, um ihre hohen Investitionen aufzufangen -	
	In Mark und Pfennig bedeutete der NRW-Erlaß eine Vergütung von zwei Mark für jede kWh Solarstrom sowie maximal 35 Pfennige für Windstrom.	zwei Mark für jede eingespeiste Kilowattstunde Solarstrom, maximal 35 Pfennig für Windstrom.	
	Als Ausgleich für die höheren Ökostrom-Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Stromversorgern im Lande, ihre Tarife bis zu einem Prozent anzuheben.	Als Ausgleich für die höheren Ökostrom-Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Stromversorgern im Lande, ihre Tarife bis zu einem Prozent anzuheben.	
3	Von dem Angebot haben nach drei Jahren nur die wenigsten Stadtwerke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Ein dutzend Städte zahlen	Von dem Angebot haben nach drei Jahren nur die wenigsten Stadtwerke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Ein Dutzend Städte zahlt den	3

Abs	Neue Energie (5 / 1997)	taz (24.5.1997)	Abs
	den „Sonnen-Tarif“, in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Stadtratsbeschlüsse vor. Rechnet man die Städte hinzu, die sich für einen Fördermix aus Investitionszuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 25. Wolf von Fabeck ist dennoch nicht un zufrieden:	"Sonnen-Tarif", in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Stadtratsbeschlüsse vor. Rechnet man die Städte hinzu, die sich für einen Fördermix aus Investitionszuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 25 in NRW und bundesweit auf 45. Damit ist SFV-Geschäftsführer Wolf von Fabeck durchaus zufrieden:	
	„ Wir haben Anfangserfolge, denn mit der kostendeckenden Vergütung läßt sich wirklich viel bewegen.“	"Mit der kostendeckenden Vergütung läßt sich viel bewegen."	
	So kletterte in Remscheid, das als erste NRW-Stadt im Mai 1995 den KV-Tarif anbot,	So kletterte in Remscheid, das noch vor Aachen als erste NRW- Stadt im Mai 1995 den KV-Tarif anbot,	4
	die Zahl der PV-Anlagen bis Silvester 1996 auf 9, gleichzeitig lagen Förderanträge für zehn weitere Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 202 Kilowatt Peak (kWp) vor.	die Zahl der Solaranlagen bis Silvester 1996 auf neun, gleichzeitig lagen Förderanträge für zehn weitere mit einer Gesamtkapazität von 202 Kilowatt Peak (kWp) vor.	
	Die Stadtwerke Bonn, die allerdings nur das halbe Stadtgebiet versorgen, haben mittlerweile 25 Anlagen mit einer Kapazität von 661 kWp am Netz, mit den noch laufenden Anträgen erhöht sich die Gesamtleistung um weitere 85 kWp. In Aachen, dem „Geburtsort“ des neuen Fördermodells, waren Ende März 55 private Anlagen mit 220 kWp in Betrieb.	Die Stadtwerke Bonn, die allerdings nur das halbe Stadtgebiet versorgen, haben mittlerweile 25 Anlagen mit einer Kapazität von 661 kWp am Netz, mit den noch laufenden Anträgen erhöht sich die Gesamtleistung um weitere 85 kWp. In Aachen waren Ende März 55 private Anlagen mit 220 kWp in Betrieb.	
	Für weitere 730 kWp liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. „Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel“, sagt der SFV-Geschäftsführer, „da sich hier auch fünf neue Solarinstallationsbetriebe gegründet haben und so neue Arbeitsplätze entstanden sind.“	Für weitere 730 kWp liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. "Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel", sagt der SFV-Geschäftsführer, "da sich hier auch fünf neue Solar-Installationsbetriebe gegründet haben und somit Arbeitsplätze entstanden sind."	
4	Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens „funktioniert“ die kostendeckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den NRW-Erlaß größtenteils kopierte (Unterschiede gibt es bei der zulässigen Strompreiserhöhung), haben die Stadtwerke Schwäbisch Hall als Vorreiter über 40 Solar- und — als bundesweites Novum — auch zwei Windkraftanlagen gefördert. Den Betreibern der beiden 500 kW-Anlagen zahlt der Kommunalversorger seit August vergangenen Jahres mit 28 Pfennigen pro Kilowattstunde einen Satz, der damit deutlich über dem Niveau des Stromeinspeisungsgesetzes von 17,15 Pf./kWh liegt. Die Resonanz hat Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen nicht überrascht: „Das Interesse ist einfach da.“	Auch außerhalb Nordrhein- Westfalens funktioniert die kostendeckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den NRW-Erlaß größtenteils kopierte (Unterschiede gibt es bei der zulässigen Strompreiserhöhung), haben die Stadtwerke Schwäbisch Hall als Vorreiter über 40 Solar- und - bundesweit ein Novum - auch zwei Windkraftanlagen gefördert. Den Betreibern der beiden 500-kW-Anlagen zahlt der Kommunalversorger seit August vergangenen Jahres mit 28 Pfennig pro Kilowattstunde einen Satz, der deutlich über dem Niveau des Stromeinspeisungsgesetzes von 17,15 Pf/kWh liegt. Die Resonanz hat Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen nicht überrascht: "Das Interesse ist einfach da."	5
5	Das Interesse müsse noch gesteigert werden, sagt Energieexperte Albrecht Morguet von der Düsseldorfer Verbraucherzentrale: „Die kostendeckende Vergütung ist sehr ausbaubedürftig.“	Das Interesse müsse noch gesteigert werden, sagt Energieexperte Albrecht Morguet von der Düsseldorfer Verbraucherzentrale: "Die kostendeckende Vergütung ist ausbaubedürftig."	6
	Wie ausbaufähig, zeigt schon ein Blick in eine	Wie ausbaufähig, zeigt ein Blick in eine	

Abs	Neue Energie (5 / 1997)	taz (24.5.1997)	Abs
	Greenpeace-Statistik aus dem vergangenen Herbst: Danach brachten es die in den KV-Städten installierten Solaranlagen auf eine Gesamtleistung von rund 2,5 Megawatt (MW). Ein Vergleich mit dem deutschen Kraftwerkspark, dessen Kapazität bei 100.000 MW liegt, verbietet sich einfach. Auch die politische Unterstützung läßt zu wünschen übrig. So-rückte ausgerechnet die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr von ihrem 1994 gefaßten Beschluß ab, ein Bundesgesetz für die kostendeckende Vergütung im Bundesrat zu beantragen.	Greenpeace-Statistik aus dem vergangenen Herbst: Danach brachten es die in den KV-Städten installierten Solaranlagen auf eine Gesamtleistung von rund 2,5 Megawatt.	
6	Zu schaffen macht den Solaraktivisten aber vor allem der anhaltende, massive Widerstand von weiten Teilen der Stromwirtschaft.	Zu schaffen macht den Solaraktivisten vor allem der anhaltende, massive Widerstand von weiten Teilen der Stromwirtschaft.	7
	SFV-Geschäftsführer von Fabeck verweist vor allem auf ein Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995 hin:	SFV-Geschäftsführer von Fabeck verweist dabei auf ein Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995:	
	„Konsens war, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da mit der von uns gewollten dezentralen Stromversorgung so etwas wie die Machtfrage gestellt wird.“	"Konsens war, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da mit dieser dezentralen Stromversorgung so etwas wie die Machtfrage gestellt wird."	
	Gezielt versucht die Stromlobby seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem sog. Grünen Tarif zu unterlaufen. Dabei zahlen die Stromkunden einen Aufschlag auf ihren Kilowattpreis, den die Energieversorger dann in Anlagen für erneuerbare Energie investieren.	Gezielt versucht die Stromlobby seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem "Grünen Tarif" zu unterlaufen. Dabei zahlen die Stromkunden einen Aufschlag für jede Kilowattstunde, mit dem die Energieversorger neben einem Eigenanteil Solar-, Wind- oder Biomasse-Anlagen bauen.	
7	Ein solches Programm haben mittlerweile mit der RWE Energie, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, das Badenwerk, die Berliner Bewag oder die Energieversorgung Schwaben fast alle „Big player“ der deutschen Strombranche aufgelegt. Johannes van Bergen, Chef der Stadtwerke Schwäbisch Hall, spricht von einem großen „Täuschungsmanöver“: „Die normalen Stromverbraucher dienen als Kreditgeber für die großen Energieversorger, die mit den neuen Solar- und Windkraftanlagen ihr Image verbessern können.“ Verbal geht Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung Eurosolar, noch einen Schritt weiter: „ Das ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten eigentlich produzieren müßten.“	Ein solches Programm haben mittlerweile mit der RWE Energie, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, das Badenwerk, die Berliner Bewag oder die Energieversorgung Schwaben fast alle "big player" der deutschen Strombranche aufgelegt. Johannes van Bergen, Chef der Stadtwerke Schwäbisch Hall, spricht von einem großen "Täuschungsmanöver": "Die normalen Stromverbraucher dienen als Kreditgeber für die großen Energieversorger, die mit den neuen Solar- und Windkraftanlagen ihr Image verbessern können." Verbal geht Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung Eurosolar, noch einen Schritt weiter: " Es ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten produzieren müßten."	8
8	Neu ist eine Variante, mit der die Stadtwerke Pforzheim versuchen, die steigende Popularität der kostengerechten Vergütung zu stoppen. Jedes kW einer Solaranlage wird im Badischen mit einem Investitionszuschuß von 95%		

Abs	Neue Energie (5 / 1997)	taz (24.5.1997)	Abs
	<p>gefördert. Der Betreiber einer herkömmlichen 2 kW-Anlage, die rund 30.000 Mark kostet, kann so rund 28.500 Mark einstreichen. „Wir wollen uns nicht langfristig binden“, erklärt Pressesprecher Peter Löffler das Motiv. Darum reagiert der Aachener Solarenergie-Förderverein mit Kopfschütteln: „Damit ist nicht gewährleistet, daß die Anlage auch wirklich 20 Jahre läuft. und so kontinuierlich als Symbol für eine andere Energieversorgung strahlt.“</p>		
9	<p>Nicht strahlend, aber optimistisch sehen Wolf von Fabek und seine rührige Crew die künftige Entwicklung der kostendeckenden Vergütung. Ihr Verdienst ist es sicherlich, daß Bewegung in die Solarförderung gekommen ist. Die Green Pricing-Angebote sind eine Reaktion. Daß der Vorstand der Berliner Bewag nun in die Unternehmensziele auch die Markteinführung erneuerbarer Energie hat schreiben lassen (vgl. Neue Energie 2/97), können sich die Aachener Solar-Protagonisten auf ihre Fahne schreiben.</p>	<p>Daß es heute überhaupt diese Green-Pricing-Angebote gibt, ist das Verdienst des Aachener Solarenergie-Fördervereins. Ihr Drängen auf die kostendeckende Vergütung hat Bewegung in die Solarförderung gebracht.</p>	9
10	<p>Auch das Mitte April von Greenpeace in Berlin vorgestellte Markteinführungsprogramm für Photovoltaik basiert auf dem Prinzip der kostendeckenden Vergütung. Konkret sieht der Greenpeace-Vorschlag vor, daß jeder Käufer einer 2 kW-Solaranlage einen einmaligen Zuschuß von 14.000 Mark sowie 25 Jahre lang eine Einspeisevergütung von 66 Pfennigen je Kilowattstunde erhält. Mit diesem Fördermix können, so errechneten das Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme sowie das Institut für Luft- und Raumfahrt aus Stuttgart im Auftrag von Greenpeace, bei entsprechender Nachfrage bis zum Jahr 2010 rund 21.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Finanziert würde das Greenpeace-Programm durch eine Strompreiserhöhung um einen Viertelpfennig je Kilowattstunde. Mit einer Strompreiserhöhung von zwei Pfennigen rechnen die Aachener Solarförderer, damit künftig des bundesdeutschen Strombedarfs zu zwei Prozent aus Solarenergie gedeckt wird. Ein entsprechendes Bundesgesetz, so der Wunsch aus der Kaiserstadt, solle diesen Weg ebnen. Dieses Pläne stellt der SPD-Parlamentarier erst einmal zurück: „Wichtig ist es zunächst einmal, daß wir die Pläne der Bundesregierung zum Energiegesetz vom Tisch bekommen und gleichzeitig die Vergütungstarife des Einspeisegesetzes erhalten.“</p>	<p>Im Saarland beispielsweise haben sich fast alle Stromversorger im Rahmen des saarländischen "Solarpaketes" bereit erklärt, jede Kilowattstunde Sonnenstrom mit 55 Pfennig zu vergüten. Zu den "zwei, drei Ausnahmen", so das Saarbrücker Energie- und Umweltministerium, zählt der Regionalversorger Vereinigte Saar-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (VSE). Daß die VSE nicht mehr als die gesetzliche Vergütung und auch erst auf Druck der Landesregierung einen vergleichsweise geringen Zuschuß für jedes Kilowatt zahlt, ist nicht verwunderlich: Denn Mehrheitsgesellschafter mit 41,33 Prozent ist der Essener Stromgigant RWE Energie AG.</p>	